



NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung des Hauptausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.12.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 18:24



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Hermann Demmerle

Magdalena Schwarzmüller

Vertreterin für Herrn Schowalter

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertreter für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel



Die LINKE

Daniel Emmerich

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser (Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Sandra Diehl (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Armin Schowalter vertreten durch Frau Schwarzmüller

AfD

Christian Gies vertreten durch Herrn Herrmann



Oberbürgermeister

Thomas Hirsch



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat, den Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung als Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Die bisherigen Punkte 3 und 4 würden dann neu zu den Punkten 4 und 5.

Der Hauptausschuss stimmte der Änderung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 060/058/2020
3. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Jahr 2019
Vorlage: 060/061/2020
4. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 060/059/2020
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 060/060/2020
6. Ergebnisse des Prüfungsauftrages bzgl. der sozialen Wohnraumförderung in Landau (Ergebnisse aus dem Jahresbericht 2019 des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz zur Prüfung der Cité Dagobert in Landau)
Vorlage: 100/328/2020
7. Empfehlung des Hauptausschusses über die Benennung von 3 Mitgliedern für den Beirat der Veranstaltungsgesellschaft Landau Südliche Weinstraße mbH
Vorlage: 100/330/2020
8. Aufbau eines „Kommunalen Projektbüros Onlinezugangsgesetz (OZG)“;
Abschluss eines Dienstleistungsvertrages mit der KommWis zum 01.01.2021 zur Vorbereitung der Umsetzung des OZG
Vorlage: 130/149/2020
9. Verlängerung der Frist für zinslose Stundungen städtischer Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise
Vorlage: 220/041/2020



10. Aufnahme und Verwahrung von Fundtieren im Tierheim „Maria Höffner“;
1. Anpassung der pauschalen Entschädigung zum 01.01.2021
2. Übertragung der Rufbereitschaft
Vorlage: 320/022/2020
11. Übertragung der Zuständigkeit für die Verkehrsüberwachung nach § 7 Nr. 4 der LVO über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts (StVRZustV) wegen der Überschreitung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten innerhalb geschlossener Ortschaften auf die Stadt Landau
Vorlage: 320/023/2020
12. Beauftragung Baumpflegemaßnahmen im Außenbereich in der Gemarkung
Arzheim
Vorlage: 350/179/2020
13. Anpassung der Feldwegebeiträge
Vorlage: 660/248/2020
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern gab es keine Fragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019

Bürgermeister Dr. Ingenthron, Beigeordneter Hartmann und Beigeordneter Grassmann waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ausschussmitglied, Hermann Demmerle.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 6. Oktober 2020, auf die hingewiesen wird.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, teilte mit, dass von Seiten des Rechnungsprüfungsausschusses keine Einwände bestünden. Dies gelte für alle drei Stiftungen, Bürgerstiftung, Kunststiftung und Strieffler-Stiftung.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2019 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Jahr 2019

Bürgermeister Dr. Ingenthron, Beigeordneter Hartmann und Beigeordneter Grassmann waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ausschussmitglied, Hermann Demmerle.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. November 2020, auf die hingewiesen wird.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, erinnerte daran, dass die Finanzausstattung der Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz bekanntermaßen schlecht sei. Dies sei mit ein Grund dafür, dass die Fachämter großzügig geplant hätten. Zudem habe die positive Konjunktur zu deutlich höheren Gewerbesteuerereinnahmen geführt. Der Rechnungsprüfungsausschuss stelle ausdrücklich fest, dass die allgemeinen Planungsgrundsätze wiederholt nicht umgesetzt worden seien. Man empfehle daher, unbedingt den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zu beachten und umzusetzen. Ansonsten empfehle man die Entlastung des Stadtvorstandes.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2019 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2019.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019

Bürgermeister Dr. Ingenthron war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 6. Oktober 2020, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2019 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019

Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 6. Oktober 2020, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2019 sowie**
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Ergebnisse des Prüfungsauftrages bzgl. der sozialen Wohnraumförderung in Landau (Ergebnisse aus dem Jahresbericht 2019 des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz zur Prüfung der Cité Dagobert in Landau)

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 4. November 2020, auf die hingewiesen wird. Das Rechnungsprüfungsamt habe umfassend geprüft und entsprechende Hinweise und Anregungen gegeben. Vom Bauamt wurden diese Hinweise aufgenommen und umgesetzt.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, betonte, dass die Verwaltung für die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses einige Kritikpunkte aufbereitet habe. Diese seien aufgenommen und auch geändert worden, wie beispielsweise die Einführung des Vier-Augen-Prinzips. Er danke der Verwaltung für die Umsetzung der bemängelten Aspekte.

Ratsmitglied Schwarzmüller stellte fest, dass hier beträchtlich viele Fehler gemacht wurden. Zwar seien diese aufgearbeitet worden, trotzdem stelle sich die Frage ob hier nochmals nachrecherchiert worden sei. Gab es Konsequenzen bei zu Unrecht angemieteten Wohnungen? Gab es über den Bericht hinaus weitere Nachforschungen bezüglich falscher Wohnberechtigungsscheine?

Herr Schlösser antwortete, dass Wohnungen überprüft wurden. Ein Wohnberechtigungsschein aber könne nicht zurückgeholt werden.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass es Sinn mache das Vier-Augen-Prinzip einzuführen. Er wundere sich, dass dies nicht ohnehin schon gemacht worden sei.

Ratsmitglied Dr. Migl kritisierte, dass offenbar Akten nicht ordnungsgemäß aufbewahrt worden seien. So hätten einige Fälle gar nicht nachgeprüft werden können. Mehrfach seien auch Formulare fehlerhaft ausgefüllt worden. Als Folgerung aus alledem müsse man prüfen, ob man nicht eine Fehlbelegungsabgabe einführe. All die vielen Einzelfälle würden belegen, dass nicht ordnungsgemäß gehandelt worden sei.

Herr Schlösser entgegnete, dass natürlich Fehler entstanden seien. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Fälle seien es aber immer noch Einzelfälle. Richtig sei, dass das Vernichten von Akten ein Unding sei, dies dürfe nicht sein.

Ratsmitglied Emmerich bat um Auskunft, ob es auch in anderen Ämtern ähnliche Fehler wie mangelnder Schutz persönlicher Daten oder fehlendes Vier-Augen-Prinzip gebe.

Herr Schlösser antwortete, dass der Passwortschutz unter ständiger interner Kontrolle stehe.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Empfehlung des Hauptausschusses über die Benennung von 3 Mitgliedern für den Beirat der Veranstaltungsgesellschaft Landau Südliche Weinstraße mbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 25. November 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

dem Vorstand des Vereins „Südliche Weinstraße – Büro für Tourismus – Landau i. d. Pf. e.V.“ zu empfehlen folgende drei Personen in den Beirat der Veranstaltungsgesellschaft Landau Südliche Weinstraße mbH zu entsenden:

- 1. Bruno Sebastian Leiner (GRÜNE-Stadtratsfraktion)**
- 2. Jürgen Doll (CDU-Stadtratsfraktion)**
- 3. Hermann Demmerle (SPD-Stadtratsfraktion)**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Aufbau eines "Kommunalen Projektbüros Onlinezugangsgesetz (OZG)"; Abschluss eines Dienstleistungsvertrages mit der KommWis zum 01.01.2021 zur Vorbereitung der Umsetzung des OZG

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 24. November 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

die Verwaltung zu beauftragen, den Abschluss eines Dienstleistungsvertrages zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der KommWis GmbH zum Aufbau eines „Kommunalen Projektbüros OZG“ in die Wege zu leiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verlängerung der Frist für zinslose Stundungen städtischer Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 23. November 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

- a) die befristete Regelung, wonach die Verwaltung ermächtigt wurde, zinslose Stundungen für städtische Steuerforderungen gegenüber Unternehmen bis zum 31.12.2020 auf schriftlichen Antrag der Steuerpflichtigen bis 250.000 Euro im Einzelfall zu gewähren, bis 31.03.2021 zu verlängern.
- b) die Stundungsvoraussetzungen des § 222 der Abgabenordnung (AO) bis dahin in der in der Begründung erläuterten und modifizierten Form anzuwenden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Aufnahme und Verwahrung von Fundtieren im Tierheim "Maria Höffner";

- 1. Anpassung der pauschalen Entschädigung zum 01.01.2021**
- 2. Übertragung der Rufbereitschaft**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 26. November 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann begründete die Vorlage. Er sei froh, dass man diese Vorlage noch in diesem Jahr einbringen könne. Mit dieser Erhöhung in zwei Schritten werde man das Ziel von 1 Euro pro Einwohner erreichen. Dies werde annähernd zu einer Verdopplung der Mittel des Tierheimes führen. Auch die Rufbereitschaft werde wieder von einem privaten Unternehmen an das Tierheim zurückgehen.

Ratsmitglied Follmann freute sich über diese Vorlage. Das Tierheim übernehme eine wichtige Aufgabe. Mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung durch den heutigen Beschluss erreiche man zumindest eine 50 %-ige Kostendeckung. Es sei dies ein wichtiger Schritt, mit dem man auch die vielen Ehrenamtlichen unterstütze, die sich dort engagieren. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Albrecht betonte, dass der Tierschutz Südpfalz ganz hervorragende Arbeit leiste. Daher sei diese Erhöhung auch eine Wertschätzung für dieses Engagement.

Ratsmitglied Burgdörfer unterstrich, dass man mehr Geld für das Tierheim brauche. Mit diesem Beschluss sichere man dies.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

mit vom Stadtrat übertragener Zuständigkeit:

- 1. Die Entschädigung für die Aufnahme und Verwahrung von Fundtieren wird zum 01.01.2021 dahingehend angepasst, dass dem Tierschutz Südpfalz e.V.**
 - a. in den Jahren 2021 und 2022 ein jährlicher Pauschalbetrag i.H.v. netto 0,75 € und**
 - b. in den Jahren 2023 und 2024 ein jährlicher Pauschalbetrag i.H.v. netto 1,00 € je Einwohner gezahlt wird**
- 2. Die ab dem Jahr 2016 durch einen Dienstleister vorgenommene Rufbereitschaft soll ebenfalls ab 1.1.2021 wieder durch den Tierschutz Südpfalz e.V. gegen einen jährlichen Pauschalbetrag i.H.v. netto 0,13 € je Einwohner übernommen werden**
- 3. Der zwischen der Stadt Landau und dem Tierschutz Südpfalz e.V. zuletzt am 6.1.2016 geschlossene Vertrag wird neu gefasst.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Übertragung der Zuständigkeit für die Verkehrsüberwachung nach § 7 Nr. 4 der LVO über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts (StVRZustV) wegen der Überschreitung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten innerhalb geschlossener Ortschaften auf die Stadt Landau

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 2. Dezember 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Hartmann erläuterte die Vorlage. Man hätte diese Vorlage gerne schon früher vorgelegt. Die Grundsituation sei jedem bekannt, es gebe Geschwindigkeitsbegrenzungen, die aber täglich nicht eingehalten würden. Regelverstöße würden aber Unfälle bedingen. Die Hoffnung, dass es eines Tages genug Polizeikräfte gebe um Geschwindigkeitsverstöße zu kontrollieren, sei nicht sehr realistisch. Es sei eher so, dass die Polizei andere Prioritäten setzen müsse. Man schlage deshalb vor, es in die eigenen Hände zu nehmen. Hierfür wolle man das Personal im Ordnungsamt aufstocken und es nicht als Zweckverband machen. Es gehe nicht darum, etwas daran zu verdienen, sondern darum, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Man könne nicht davon ausgehen, dass alle Verkehrsverstöße verschwinden werden. Erfahrungsberichte anderer Kommunen würden aber zeigen, dass die krassen Geschwindigkeitsübertretungen zurückgehen. Angestrebt sei eine interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Kommunen.

Ratsmitglied Heidbreder stellte fest, dass drei Viertel der Verkehrsverstöße Geschwindigkeitsüberschreitungen seien, damit auch die häufigste Unfallursache. Deshalb sei sie sehr froh über diese Vorlage. Man könne die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen. Sie begrüße auch die angestrebte kommunale Zusammenarbeit. Im Endeffekt mache man damit auch den Verkehr sicherer und umweltschonender. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass man sich im Ziel einig sei, dass man die größtmögliche Sicherheit im Straßenverkehr wolle. Festgelegte Geschwindigkeitsbegrenzungen seien aber auch einzuhalten. Die Überwachung der Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen sei gesetzlich einzig Aufgabe der Polizei. Es habe noch keiner belegen können, dass man in dieser Frage als Kommune besser sei als die Polizei. Wenn diese ausreichend Polizeibeamte hätte, könnte sie es besser als wir. Man werde daran auch nichts verdienen, sondern eher drauflegen. Eigentlich mache man eine Ausfallbürgschaft, von daher habe er schon Probleme mit dieser Vorlage. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dennoch der Vorlage zu, jedoch mit dem klaren Hinweis, dass wir Aufgaben des Landes übernehmen.

Ratsmitglied Demmerle wies darauf hin, dass schon 2011 das Innenministerium aufgelistet habe, das fast alle Kommunen die hier tätig seien, die Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung finanzieren konnten. Vor diesem Hintergrund habe die SPD-Stadtratsfraktion 2011 einen entsprechenden Antrag an die Stadt gestellt. Weitere Anträge seien 2014 und 2017 gefolgt. Er begrüße die angestrebte Kooperation mit anderen Kommunen. Es müsse aber sichergestellt sein, dass die Überwachung in ausreichendem Maße auch in Landau stattfinde. Wichtig sei es, den Kontrolldruck zu steigern. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass es klar sei, dass man die Sicherheit erhöhen wolle. Die Bürger seien die Raserei leid und die Polizei komme mit Kontrollen nicht



hinterher. Daher habe man keine andere Wahl, als es selbst zu machen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass dies bereits eine jahrelange Vorgeschichte habe. Sie finde es gut, dass es jetzt einen Wechsel in der Meinung gebe. Ihrer Meinung nach habe es die Polizei bisher einfach nicht geschafft, Geschwindigkeitsübertretungen so zu ahnden wie es nötig wäre. Klar sei, dass man bei einer kommunalen Übernahme auch gut ausgebildetes Personal brauche. Es gebe jetzt die große Chance, mehr für die Verkehrssicherheit zu tun. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass Verkehrsbeschränkungen in der Vergangenheit nicht so groß gewesen sei wie in der heutigen Zeit. So würden zum Beispiel die Tempo-30-Zonen zunehmen. Insofern nehme auch die Problematik der Geschwindigkeitsübertretungen zu. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu. Er bitte aber ständig mit der Polizei in Kontakt zu bleiben, um evtl. reagieren zu können.

Ratsmitglied Emmerich sah in dieser Vorlage einen Schritt, um die Sicherheit der Bevölkerung zu stärken. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Heidbreder betonte, dass es nicht darum gehe es besser als die Polizei zu machen, sondern es überhaupt zu machen.

Ratsmitglied Lerch schloss sich der Bitte von Herrn Silbernagel an, ein Jahr nach der Einführung eine Evaluation zu machen und im Hauptausschuss zu berichten.

Beigeordneter Hartmann wies darauf hin, dass man mit der Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs auch den städtischen Hilfspolizisten einen beruflichen Aufstieg ermögliche. Er könne auch zusichern, dass man regelmäßig darüber berichten werde.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

1. mit vom Stadtrat übertragener Zuständigkeit beim Land Rheinland-Pfalz die Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung zu beantragen.
2. In einem ersten Schritt ist eine interkommunale Zusammenarbeit mit kreisfreien Städten der Pfalz bei Beschaffung der Ausrüstung und Bearbeitung der Bußgeldverfahren anzustreben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Beauftragung Baumpflegemaßnahmen im Außenbereich in der Gemarkung Arzheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 17. November 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

der Beauftragung von Baumpflegearbeiten im Außenbereich in der Gemarkung Arzheim an die mindestfordernde Firma Luis Rodriguez aus Landau zuzustimmen. Die Auftragssumme beläuft sich auf brutto 66.701,88 Euro.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Anpassung der Feldwegebeiträge

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. November 2020, auf die hingewiesen wird.

Beigeordneter Hartmann erläuterte die Vorlage. Es sei dies insbesondere für die Ortsbeiräte eine schwierige Vorlage. Es gebe ein klares Missverhältnis zwischen den Erträgen aus den Feldwegebeiträgen und dem, was man eigentlich aufwenden müsste um die Feldwege auf Vordermann zu bringen. Dass man 2014 nicht der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung gefolgt sei, bedeute nun eine Hypothek, die man aufarbeiten müsse. Man bräuchte eigentlich 490.000 Euro, komme aber maximal auf 270.000 Euro. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung werde dieses Delta nicht zur Gänze schließen, sondern sei das unterste Ende dessen was nötig wäre. Er trage diesen Kompromiss mit, bitte aber eindringlich um Zustimmung zu dieser Vorlage. Wenn man Feldwege optimiere, schieße man auch Mittel aus dem Radwegbudget zu. Man werde 2021 in jedem Ort vorbeikommen, um das jeweilige Wegenetz zu überprüfen. Diese Erhöhung sei aber nötig.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass diese Vorlage in der Tat in den Ortsteilen Ärger verursache. Im Prinzip seien die Winzer mit einer Erhöhung auf 100 Euro einverstanden. Verärgerung bestehe aber wegen der nächsten Erhöhungsschritte für die Folgejahre. Man dürfe nicht die Weinbaubetriebe pauschal in einen Topf werfen. Fassweinebetriebe hätten viel Fläche und dadurch große Probleme. Man müsse die Sorgen der Winzer ernst nehmen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Beigeordneter Hartmann entgegnete, dass man die stufenweise Erhöhung ja gerade deshalb mache, um die Beitragspflichtigen nicht zu überfordern. So werde man erst im Jahr 2027 den eigentlich schon heute benötigten Betrag von 148 Euro/ha erreichen. Das müsse eigentlich jedem klar sein, man mache es jetzt aber zum ersten Mal transparent. Der Fehler seien die Entscheidungen in 2009 und 2014 gewesen, die Beiträge nicht schon damals zu erhöhen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass diese Defizitlage durch fehlende Anpassungen in früheren Jahren entstanden sei. Auch der Landesrechnungshof fordere ja eine entsprechende Überprüfung der Beitragshöhe. Sie halte die stufenweise Anhebung für einen guten Weg.

Ratsmitglied Saßnowski hielt es für schwierig mit der aktuellen Krise zu argumentieren, um es abzulehnen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Heidbreder bat um Auskunft, ob ein Sanierungsbedarf beim Strieffler-Haus bestehe und ob dies schon thematisiert sei. Weiter bat sie um eine Einschätzung der aktuellen Corona-Lage in Landau.

Der Vorsitzende sicherte hinsichtlich des Sanierungsbedarfs beim Strieffler-Haus eine schriftliche Antwort zu.

Frau Baumstark berichtete zur aktuellen Corona-Lage in Landau. Die Zahlen seien auch bei uns etwas in die Höhe gegangen, der Stab sei weiterhin aktiv. Im Moment sei noch keine Maskenpflicht in der Öffentlichkeit geplant. Hinsichtlich des Wochenmarktes sei die Entscheidung getroffen worden, dass dieser zunächst weiter auf dem Alten Messplatz bleibe. Zusätzlich solle es an drei Donnerstagen einen kleinen Markt auf dem Rathausplatz geben. Desweiteren laufe die Vorbereitung für das südpfalzweite Impfzentrum in Wörth nach Plan.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es aus ihrer Sicht für sinnvoll, im Innenstadtbereich eine Maskenpflicht einzuführen. Dann bitte sie um einige Aussagen zur Situation an den Schulen und im Schulbusverkehr. Die dritte Frage sei, ob bekannt ist wie viele Schüler und Lehrer von Corona betroffen seien.

Der Vorsitzende betonte, dass Lüften das A und O bleibe. Das gelte auch für die Schulen. Zahlen von betroffenen Schülern und Lehrern seien ihm nicht bekannt, dies sei Sache des Gesundheitsamtes.

Ratsmitglied Saßnowski sprach die zusätzliche Corona-Ambulanz beim Vinzentius-Krankenhaus an. Sie bitte um Auskunft, wie die Verkehrsführung dort geplant sei.

Frau Baumstark erklärte, dass sie hierzu aktuell nichts sagen könne. Man werde dies schriftlich nachreichen.

Ratsmitglied Lerch fragte, ob für die Schulen die Anschaffung von Lüftungsgeräten geplant sei. Die zweite Frage sei, ob es Optionen gebe in den oberen Klassen Online-Unterricht anzubieten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Anschaffung von Lüftungsgeräten nicht geplant sei. Online-Unterricht sei Sache der Schulen, durch den Digitalpakt unterstütze man wo man könne. Man gehe davon aus, dass im Januar dann auch die Tablets kommen werden.

Ratsmitglied Albrecht bat um Erläuterung, ob die Entscheidung, den Wochenmarkt weiter auf dem Alten Messplatz abzuhalten mit den Marktbesckern abgestimmt sei. Weiter bitte sie um Mitteilung, unter welchem Hygienekonzept der Donnerstagsmarkt auf dem Rathausplatz abgehalten werden solle.

Beigeordneter Grassmann berichtete, dass es in einem Gespräch mit den Marktbesckern das Ziel gewesen sei, den Markt wieder auf den Rathausplatz zurückzuholen. Es seien aber die Marktbesckern gewesen, die dies nicht wollen. Man fahre hier auf Sicht und müsse es im neuen Jahr dann noch mal denken. Für den Donnerstagsmarkt auf dem Rathausplatz gelte das Hygienekonzept wie es seit März



erprobt worden sei. Und auf dem Wochenmarkt gelte selbstverständlich die Maskenpflicht.



Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 08.12.2020 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 71.

Vorsitzender

Gesehen:

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter